



Jahre

Deutsches Atomforum e. V.

*„Es ist schwieriger, eine
vorgefasste Meinung zu
zertrümmern, als ein Atom.“*

Albert Einstein



Prof. Dr. Werner Heisenberg,
Physiknobelpreisträger,
Mitglied des ersten Präsidiums
des Deutschen Atomforums e. V.

Die Anfänge

Der Beginn der friedlichen Nutzung der Kernenergie

Am Anfang stand Euphorie. Seit Beginn der 1950er Jahre gehörte Deutschland wieder zur „nuclear community“. Im Mai 1955 hatte Deutschland die Souveränität und damit das Recht zurück erhalten, sich an der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu beteiligen. Die 1. Genfer Atomkonferenz der Vereinten Nationen im August 1955 führte der deutschen Delegation eines deutlich vor Augen: Die friedliche Nutzung der Kernenergie war in anderen Ländern – insbesondere in den USA und Großbritannien – bereits weit vorangeschritten, der eigene Rückstand groß. Gleichzeitig bestärkte jedoch die persönliche Begegnung mit Vertretern der Atomwirtschaft und -wissenschaft die deutschen Teilnehmer in dem Gefühl, Teil einer internationalen Solidargemeinschaft zu sein. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl hat wesentlich zu dem Elan beigetragen, mit dem Mitte der fünfziger Jahre die politischen, wissenschaftlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine friedliche Entwicklung der Kernenergie geschaffen wurden. Im Oktober 1955 wurde das Bundesministerium für Atomfragen (erster Minister war Franz-Josef Strauß) gegründet, wenige Monate später die Deutsche Atomkommission, ein hochrangig besetztes Expertengremium, das 1958 durch die noch heute tätige Reaktorsicherheitskommission ergänzt wurde. Die Entwicklung der Kerntechnik sollte dabei nicht staatlichen Institutionen übertragen werden, sondern in enger Kooperation mit der Privatwirtschaft und der Wissenschaft erfolgen. In der Folge entstanden zahlreiche technische und wissenschaftliche Institutionen, wie zum Beispiel die Kernforschungszentren in Jülich, Geesthacht bei Hamburg und in Karlsruhe. Den gesetzlichen Rahmen für den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken bildete das Atomgesetz, das im Jahre 1959 vom Bundestag verabschiedet wurde.

Die Gründung des Deutschen Atomforums

In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wurde deutlich, dass die Gründung einer gemeinsamen Plattform für den Auf- und Ausbau der friedlichen Kernenergienutzung in Deutschland unverzichtbar war. Die Arbeitsgemeinschaft für Kerntechnik in Düsseldorf, die – besonders im parlamentarischen Raum tätige – Deutsche Gesellschaft für Atomenergie (DGA) in Bonn, der Verein „Atom für den Frieden“ in München sowie die Physikalische Studiengesellschaft (PSG) in Düsseldorf gründeten daraufhin am 26. Mai 1959 das Deutsche Atomforum e. V. (DAtF).

Am 3. Februar 1961 beschlossen die vier Gesellschafter, sich selbst aufzulösen und fortan unter dem gemeinsamen Namen „Deutsches Atomforum“ zu firmieren. Der Sitz des eingetragenen Vereins wurde nach Bonn verlegt. Zugleich erweiterte sich die Basis des Forums: Von nun an war das DAtF auch offen für die Mitgliedschaft von anderen Organisationen, Firmen und interessierten Einzelpersonen.

Zum ersten Präsidium des DAtF gehörten neben dem Physiknobelpreisträger Professor Werner Heisenberg die vier Vorsitzenden der Gründungsorganisationen – allesamt führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik: Professor Karl Winnacker, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG (Arbeitsgemeinschaft für Kerntechnik), der als Präsident des DAtF die Arbeit des Forums über viele Jahre hinweg prägte, der CDU-Bundestagsabgeordnete Otto von Bismarck (Deutsche Gesellschaft für Atomenergie), Professor Ulrich Haberland, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG (Atom für den Frieden), sowie Heinrich Schult, Vorstandsvorsitzender der STEAG (Physikalische Studiengesellschaft).

Das Deutsche Atomforum vertrat deutsche Interessen auch auf internationaler Ebene. Dazu gehörte die Mitarbeit im Kreise der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom und des europäischen Atomforums Forum Atomique Européen (FORATOM), dessen Mitglied das DAtF noch heute ist.

1953

US-Präsident Dwight D. Eisenhower verkündet das „Atoms for Peace“-Programm

1955

1. Genfer Atomkonferenz

Bundesrepublik wird souverän und darf Kernenergie friedlich nutzen

1956

Gründung der Kernforschungszentren Geesthacht, Jülich und Karlsruhe

1957

Inbetriebnahme des ersten deutschen Kernreaktors („Garching Atomel“)



1957

Göttinger Manifest gegen militärische,
für friedliche Nutzung der Kernenergie

26. Mai 1959

Gründung des
Deutschen Atomforums e. V.



Prof. Dr. Karl Winnacker,
Vorsitzender des Vorstands der
Hoechst AG, wird erster Präsident
des DAf (1959 - 1973)

1960

Das Atomgesetz –
die Rechtsgrundlage für den
Bau und Betrieb von Kernkraft-
werken – tritt in Kraft

Die Begeisterung der frühen Jahre

Die Gründung des Atomforums erfolgte in einer Zeit, in der in Deutschland eine ausgesprochene Atom-euphorie herrschte – zumindest bei der Mehrheit der maßgeblichen Experten, Journalisten und Politiker. Dieser Enthusiasmus war Ausdruck der allgemeinen Aufbruchstimmung in der Bundesrepublik der fünfziger und sechziger Jahre: Wirtschaftswachstum und technologische Innovation galten als Inbegriff des gesellschaftlichen Fortschritts. Von der Atomenergie erhoffte man sich nichts weniger als die Lösung aller Energieprobleme. Die Kernenergie werde, so die Erwartung, nicht nur kostengünstigen Strom für Industrie und Haushalte bereitstellen, sondern auch Energie für die Landwirtschaft sowie für den Antrieb von Schiffen und Flugzeugen liefern.

Die segensreiche Wirkung der Kernenergie wurde in jener Zeit auch von linken Intellektuellen wie dem Philosophen Dr. Ernst Bloch beschworen. Der schreibt 1959 in seinem Werk „Prinzip Hoffnung“: „Wie die Kettenreaktion auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringt, so schafft die Atomenergie [...] aus Wüste Fruchtbland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordamerika, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“

Ausgelöst wurde die Atom-Begeisterung durch die berühmte „Atoms for Peace“-Rede des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower vor der UNO im Jahre 1953. Die Rede weckte in der Weltöffentlichkeit die Hoffnung, dass nach dem nuklearen Schrecken von Hiroshima und Nagasaki die Kernenergie nunmehr für friedliche Zwecke eingesetzt und ein neues Zeitalter des zivilen Fortschritts eröffnen würde.

Die Hauptkritiker der militärischen Nutzung der Atomenergie waren dabei zugleich die eifrigsten Befürworter ihrer friedlichen Verwendung. Im berühmten Göttinger Manifest von 1957 etwa verbinden die 18 unterzeichnenden Atomphysiker – unter ihnen Professor Max Born, Professor Otto Hahn, Professor Werner Heisenberg und Professor Carl Friedrich von Weizsäcker – ihre Warnung vor einem Atomkrieg mit einem nachdrücklichen Plädoyer für die friedliche Nutzung der Kerntechnik.

„Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Weg zu gewinnende Kernenergie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschen ein [...] Die Atomenergie kann entscheidend helfen, die Demokratie im Inneren und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen. Dann wird das Atomzeitalter das Zeitalter werden von Frieden und Freiheit für alle.“

Aus dem „Atomprogramm“ der SPD von 1956

Vielleicht lag gerade in diesen überzogenen Erwartungen der Keim für die spätere Ernüchterung. Bis Ende der sechziger Jahre wurde die Kernenergie von der Öffentlichkeit uneingeschränkt befürwortet. Das heißt jedoch nicht, dass es eine Zeit der Harmonie war: Auch damals gab es bereits vielfältige inhaltlich geprägte Auseinandersetzungen. Dazu gehörten zum Beispiel die Frage nach alternativen Reaktorkonzepten, neue Gesetzesinitiativen oder die Finanzierung von Entwicklungsprojekten der Industrie. Dem neuen Forum bot sich damit von Anfang an ein reiches Betätigungsfeld. Das DATf sah daher in den Anfangsjahren seine Rolle vor allem darin, die Schaffung von organisatorischen, rechtlichen und wissenschaftlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz der Kernenergie zu unterstützen.

Das Deutsche Atomforum bekommt „Nachwuchs“

Aus dem Wunsch heraus, eigene, vor allem wissenschaftliche Interessen selbstständig vertreten zu können, gründeten einige Einzelmitglieder des DATf, zumeist junge Wissenschaftler, am 14. April 1969 die Kerntechnische Gesellschaft e. V. (KTG). Zum ersten Vorsitzenden wurde Professor Wolf Häfele vom Kernforschungszentrum Karlsruhe gewählt. KTG und DATf erhielten eine gemeinsame Geschäftsführung und die KTG die Möglichkeit, die Infrastruktur des Atomforums zu nutzen. Die Gründung erwies sich auch für das DATf als Gewinn, denn mit der KTG hatte das Forum von nun an einen starken wissenschaftlichen Partner an seiner Seite.

1961

Das Versuchsatomkraftwerk Kahl (VAK) liefert erstmals Strom in das deutsche Verbundnetz

1966

In Rheinsberg geht das erste kommerzielle Kernkraftwerk der DDR in Betrieb

14. April 1969

Gründung der Kerntechnischen Gesellschaft e. V.

Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Obrigheim

1971

Das Kernkraftwerk Würgassen geht ans Netz

1972

Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Stade

1973

In Greifswald geht der erste von fünf Kraftwerksblöcken in Betrieb

1973

Baubeginn des schnellen Brüters
in Kalkar



Prof. Dr. Heinrich Mandel,
Vorstandsmitglied der RWE AG,
wird Nachfolger von Karl Winnacker
als Präsident des DAf (1973 - 1979)

1974

Inbetriebnahme des weltweit ersten
1.200 Megawatt-Blocks in Biblis, der
zweite Block mit 1.300 Megawatt
Leistung folgte zwei Jahre später

1975

Gründung des Informationskreis
KernEnergie

Bauplatzbesetzung des Kernkraftwerks
Wyhl – Beginn der Großdemonstrationen
gegen Kernkraftwerke

Beginn der Großdemonstrationen
in Brokdorf

Öffentliche Proteste und Konfrontation

Der Beginn der Kontroverse

Zu ersten öffentlichen Widerständen kam es Ende der sechziger Jahre im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerks Würgassen: Diese Proteste gelten allgemein als der Beginn der Anti-Atomkraft-Bewegung. Die Kritik der Öffentlichkeit richtete sich jedoch in dieser frühen Phase noch nicht so sehr gegen die spezifischen Risiken der Kernenergie als gegen die Modalitäten der Genehmigungsverfahren.

Als rund 20.000 Menschen den Bauplatz des geplanten – aber letztlich nie gebauten – Kernkraftwerks im südbadischen Wyhl besetzten, entwickelte sich aus den vereinzelt Protesten erstmals eine Bewegung. Getrieben war sie nicht zuletzt durch die Sorge der lokalen Bauernschaft, die Nebelschwaden von den Kühltürmen des Kernkraftwerks könnten die Qualität der Kaiserstuhl-Weine beeinträchtigen.

Die beginnende Kontroverse um die friedliche Nutzung der Kernenergie offenbarte einen wachsenden öffentlichen Aufklärungs- und Informationsbedarf. Aus diesem Grund wurde im Jahre 1975 der Informationskreis KernEnergie (IK) im Deutschen Atomforum gegründet. Sein Ziel war und ist es, die Öffentlichkeit sachlich und umfassend über die Kernenergie zu informieren und einen offenen Dialog über alle Parteigrenzen hinweg zu ermöglichen.

Von der Kontroverse zum Konflikt

Seit Mitte der siebziger Jahre polarisierte und ideologisierte sich die Auseinandersetzung um die Kernenergie merklich. Die Themenschwerpunkte verschoben sich: Wurde zunächst das Thema „radioaktive Strahlung im Normalbetrieb“ diskutiert, so stand in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre das Störfall-Risiko als zentrales Argument gegen die Kernkraft im Vordergrund. Während der Hinweis auf die lokalen Gefahren der Kernenergie für Anwohner und Landwirtschaft nur bedingt mobilisierungstauglich war, erwies sich die Warnung vor den potenziell katastrophalen Auswirkungen eines GAUs als ungleich schlagkräftigeres Argument, um die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit zu erzielen. Das galt umso mehr vor dem Hintergrund des Störfalls im US-amerikanischen Kernkraftwerk Three Miles Island bei Harrisburg im März 1979.

Zur Politisierung der Kontroverse gehörte darüber hinaus, dass sich die Debatte zunehmend von einer sachlichen Erörterung der Chancen und Risiken der Kernkraft abkoppelte. Stattdessen mutierte sie mehr und mehr zu einer Polemik gegen vermeintlich dahinter stehende politische Motive. So behaupteten die Kernkraftgegner, die Wiederaufbereitung sei Baustein eines militärischen Nuklearprogramms. Damit zeichneten sie die Gefahr eines autoritären, die Demokratie gefährdenden Atomstaats.

Die Kernenergie wurde immer mehr zum Kristallisationspunkt eines tiefgreifenden, gesamtgesellschaftlichen Wertewandels. Die aus der Ölkrise von 1973 entstandene Wirtschaftskrise hatte dazu geführt, dass man auch in Deutschland eine einseitige ökonomische Wachstumsorientierung zunehmend kritisch hinterfragte. Vor diesem Hintergrund wurde die Kernenergie für ihre Gegner zum Synonym eines als fragwürdig erachteten Wirtschaftssystems und Lebensstils.

Der Konflikt spitzte sich zu, die Fronten polarisierten sich. Einen Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen in den gewaltsamen Anti-AKW-Demonstrationen von Brokdorf (1976) und Kalkar (1977). Der Streit flackerte Mitte der achtziger Jahre noch einmal auf – und zwar im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Doch insgesamt waren sie von nun an weniger plakativ und militant. Dies wurde auch dadurch begünstigt, dass die Anti-AKW-Bewegung mit dem Einzug der „Grünen“ in den Bundestag fortan über ein Sprachrohr im politischen Raum verfügte und nicht länger auf den außerparlamentarischen Protest angewiesen war.

Der sichere Betrieb der deutschen Kernkraftwerke führte schließlich dazu, dass die Debatte um die Kernenergie durch andere ökologische Themen (wie z. B. Waldsterben) in den Hintergrund gedrängt wurde.

1976

Block 1 am Standort Neckarwestheim sowie das Kernkraftwerk Brunsbüttel nehmen den Betrieb auf

1977

Block 1 des Kernkraftwerks Isar geht ans Netz

1978

Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Unterweser

1979

Entsorgungskonzept der Bundesregierung von Bund und Ländern einstimmig bestätigt

Reaktorunfall im Kernkraftwerk Three Mile Island (USA)

Internationales Gorleben-Hearing zur Sicherheit von nuklearen Entsorgungsanlagen



Prof. Dr. Rudolf W. Guck, Vorstandsmitglied der Badenwerk AG, löst Heinrich Mandel als Präsident des DATF ab (1979 - 1989)

1979

Block 1 des Kernkraftwerks
Philippsburg geht ans Netz



Helmut Schmidt, Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland, und
Prof. Karl Heinz Beckurtz, Vorsitzender
der KTG, bei der Jahrestagung
Kerntechnik in Hamburg

1981

Gewaltsame Massendemonstration
in Brokdorf

Inbetriebnahme des Kernkraftwerks
Grafenrheinfeld

1983

In Geesthacht geht das Kernkraftwerk
Krümmel ans Netz

1984

Inbetriebnahme der Blöcke B und C
in Gundremmingen sowie des
Kernkraftwerks Grohnde und
Block 2 in Philippsburg

„Die öffentliche Diskussion um die Kernenergie, die nach Tschernobyl mit nie geahnter Wucht wieder einsetzte, hat uns gezeigt, wie notwendig das Deutsche Atomforum und sein Informationskreis KernEnergie sind, und zwar nicht nur für die Mitglieder, sondern in noch viel stärkerem Maße für die Allgemeinheit.“

*Prof. Dr. Rudolf W. Guck,
DAtF-Präsident, 1979 - 1989*

Tschernobyl und die Folgen

Nach einer Zeit einer relativen Normalisierung der Diskussion in der ersten Hälfte der achtziger Jahre führte der Reaktorunfall in Tschernobyl vom 26. April 1986 erneut zu einer heftigen und besonders stark emotionalisierten Auseinandersetzung um die Kernenergie in Deutschland. Die Debatte wurde zusätzlich dadurch angeheizt, dass das Thema „Kernenergie“ politisch aufgegriffen und Wahlkampfthema in den Landtags- und Bundestagswahlen von 1986/1987 wurde. Die Tatsache, dass die technologischen und Sicherheitsstandards der in Deutschland verwendeten Reaktortypen in keiner Weise vergleichbar mit dem Reaktor von Tschernobyl waren, wurde dabei von Kritikern weitgehend außer Acht gelassen.

Die Kernkraft-Gegner bekamen also durch das Reaktorunglück von Tschernobyl Aufwind. Zugleich ist jedoch festzuhalten, dass die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zur Kernenergie dadurch nicht nachhaltig beeinflusst wurde: Einer Allensbach-Umfrage zufolge stieg die Quote der Befürworter eines Weiterbetriebs bestehender Anlagen zwischen 1980 und Juli 1986 von gut 30 auf 51 Prozent.

Trotzdem trug Tschernobyl wesentlich dazu bei, dass sich die politischen Fronten weiter verfestigten und die Kernenergie-Debatte zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen geriet. Die CDU-geführte Bundesregierung unter Dr. Helmut Kohl hielt indes weiterhin an der Kernenergie fest. Zugleich rückte der Umweltschutz in den Mittelpunkt der politischen Agenda: Nur fünf Wochen nach dem Reaktorunglück wurde das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegründet.

Die „Kehrtwende“ der SPD

Maßgeblich für den Verlauf der Kernenergie-debatte war insbesondere die Haltung der SPD. Während die Parteiführung die Kernenergie bis weit in die siebziger Jahre hinein vorbehaltlos unterstützte, bildete sich im Zuge der entstehenden Anti-AKW-Bewegung innerhalb der SPD ein kernkraftkritischer Flügel heraus.

Um den parteiinternen Zusammenhalt zu sichern, verständigten sich die Sozialdemokraten auf ihrem Hamburger Parteitag 1977 auf eine Kompromissformel, die eine klare Festlegung für oder gegen die Kernenergie vermied. Diese sogenannte Zwei-Optionen-Lehre bildete bis Mitte der achtziger Jahre den energiepolitischen Grundkonsens der SPD.

Den offenen Bruch mit der Kernenergie vollzog die SPD im Jahre 1984, als sie auf ihrem Bundesparteitag erstmals gegen die Kernenergie Stellung bezog. Nach dem Amtsantritt der Regierung Kohl bildete die Anti-Atomkraft-Haltung ein zentrales Element der sozialdemokratischen Oppositionspolitik. Unter dem Eindruck des Reaktorunfalls von Tschernobyl beschlossen die Sozialdemokraten schließlich auf ihrem Nürnberger Parteitag im August 1986 den definitiven Rückzug aus der Kernenergie: Im Rahmen eines „Sofortprogramms“ sollte innerhalb von zehn Jahren der komplette Ausstieg vollzogen werden. Auch wenn die SPD später von diesem Zeitplan wieder abrückte, so wurden dadurch bereits die Weichen für die Ausstiegspolitik der rot-grünen Koalition im Jahre 1998 gestellt.

1985

Dr. Claus Berke,
Geschäftsführer der Interatom,
löst Rudolf W. Guck als Präsident
des DATF ab (1985 - 1995)



1986

Reaktorunfall von Tschernobyl

Großdemonstration gegen Bau
der Wiederaufarbeitungsanlage
in Wackersdorf

Das Kernkraftwerk Brokdorf nimmt
seinen Betrieb auf

Gründung des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit (BMU)

SPD-Parteitag beschließt Ausstieg
aus der Kernenergie innerhalb
von 10 Jahren

1988

Block 2 des Kernkraftwerks Isar
und das Kernkraftwerk Emsland
nehmen ihren Betrieb auf

1989

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nimmt seine Arbeit auf

1989

Block 2 des Kernkraftwerks Neckarwestheim wird in Betrieb genommen

1990

Stilllegung aller Kernkraftwerke in der ehemaligen DDR

1994

Gesetzgeber ermöglicht auch die "Direkte Endlagerung" abgebrannter Brennelemente



Dr. Günter Rexrodt, Bundesminister für Wirtschaft, auf der Jahrestagung Kerntechnik in Stuttgart

1995

Erster Transport abgebrannter Brennelemente ins Zwischenlager Gorleben (Castor-Transport)

„Wegen ihrer großen Sicherheitsrisiken mit der Gefahr unübersehbarer Schäden ist die Atomkraft nicht zu verantworten. Deshalb wird die neue Bundesregierung alles unternehmen, die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden.“

Aus der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1998

Der Ausstieg

Vergebliche Konsensbemühungen

Stagnation – so lassen sich Diskussion und Politik der neunziger Jahre beschreiben. Versuche, einen parteiübergreifenden Konsens zu erzielen, scheiterten. Ein Auslöser hierfür war die Frage, wie die Energieversorgung im wiedervereinigten Deutschland nach Abschaltung der Kernkraftwerke sowjetischer Bauart in der ehemaligen DDR sichergestellt werden sollte.

Die Bundesregierung unter Dr. Helmut Kohl ergriff im Februar 1993 die Initiative für die „Arbeitsgruppe Energiekonsens“, die neben den Parteien auch Vertreter der Energiewirtschaft, der Gewerkschaften und anderer relevanter Gruppen umfasste. Die Bemühungen um einen Energiekonsens scheiterten jedoch im Herbst 1993 trotz der positiven Haltung des SPD-Verhandlungsführers Gerhard Schröder ebenso wie ein erneuter Anlauf knapp zwei Jahre später. Grund war vor allem die Festlegung der SPD durch Oskar Lafontaine auf einen Ausstieg aus der Kernenergie. Damit waren die Gespräche zum Scheitern verurteilt. Eine ergebnisoffene und sachliche Debatte über die künftige Rolle der Kernenergie war unter diesen Umständen kaum möglich. Der in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung im Jahre 1998 vereinbarte Ausstieg war daher der konsequente Abschluss einer sich seit langem abzeichnenden Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund und begünstigt durch den Transportstopp für abgebrannte Brennelemente kam es am 16. Juni 2000 zu einer Verständigung zwischen der Bundesregierung und den vier großen Energieversorgungsunternehmen. Unbeschadet fortbestehender grundsätzlicher Meinungsunterschiede sieht sie vor, die Gesamtlaufzeit jedes Kernkraftwerks auf eine Produktionsmenge, die etwa 32 Jahren entspricht, zu beschränken. Dies bedeutet: Bis etwa 2021 soll das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen. Ferner veranlasste die rot-grüne Koalition ein drei bis maximal zehn Jahre geltendes Moratorium für die Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle. Dieses Moratorium besteht bis heute fort, obwohl mittlerweile alle konzeptionellen sicherheitstechnischen Fragen geklärt werden konnten.

„Die Kernenergie kann auf absehbare Zeit nicht wirklich ersetzt werden, ohne dass erhebliche volkswirtschaftliche und ökologische Nachteile entstehen.“

Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Februar 2000

Veränderte Rahmenbedingungen

Seit dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2000 haben sich die energiepolitischen Rahmenbedingungen massiv verändert: Der Klimaschutz ist als die zentrale globale Herausforderung dieses Jahrhunderts erkannt worden. Ohne eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke können die Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Die immer stärker werdende Importabhängigkeit im Energiebereich, im Januar 2009 beim Gasstreit Russlands mit der Ukraine deutlich geworden, rückt die Versorgungssicherheit wieder vermehrt in den Mittelpunkt der Energiepolitik. Der Kernenergie als quasi heimische Energie kommt hierbei eine wesentliche Rolle zu. Sie liefert rund ein Viertel der deutschen Bruttostromerzeugung und ist damit der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix. Es wird deutlich, dass auf die preisdämpfende Wirkung der Kernenergie gerade angesichts einer möglicherweise länger anhaltenden Wirtschaftskrise nicht verzichtet werden kann. Anders als Deutschland setzen daher viele europäische Länder, von Russland, Asien und den USA ganz zu schweigen, auf die Kernenergie als einen energiepolitischen Stabilisierungsfaktor. Deutschland hat sich mittlerweile mit seiner Ausstiegspolitik völlig isoliert und ist, wie der renommierte Ökonom Professor Hans-Werner Sinn es genannt hat, zum „energiepolitischen Geisterfahrer“ geworden.

Vor diesem Hintergrund ist die Haltung der deutschen Bevölkerung zunehmend von Energievernunft geprägt. Die Umfragen zeigen, dass die Zustimmung zur Kernenergie, insbesondere zu einer Laufzeitverlängerung, wächst und eine Mehrheit bekommt.

Die Entwicklung könnte noch positiver sein, wenn die Lösung der Endlagerfrage nicht länger politisch blockiert würde. Aber auch hier setzt sich die Erkenntnis durch, dass diese Frage unabhängig vom Ausstieg gelöst werden muss, weil die Abfälle nun einmal vorhanden sind. Mit der für 2013 vorgesehenen Inbetriebnahme des Endlagers Konrad für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle ist zwar ein wesentlicher Fortschritt erreicht, die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle kommt jedoch nach wie vor nicht voran.

1995

Wahl von Dr. Wilfried Steuer,
Vorsitzender des Vorstands der
Energie-Versorgung Schwaben AG,
zum Präsidenten des DAfF
(1995 - 1999)



1996

Dr. Angela Merkel,
Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit,
auf der Jahrestagung Kerntechnik
in Mannheim



1997

Unterbrechung der Castor-Transporte

1998

Rot-Grüner Koalitionsvertrag beschließt
Kernenergie-Ausstieg

1999

Dr. Otto Majewski,
Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk
AG, löst Wilfried Steuer als Präsident
des DATF ab (1999 - 2001)



2000

Vereinbarung zwischen den
Energieversorgungsunternehmen
und der Bundesregierung



Roland Koch,
Ministerpräsident Hessen,
auf der Jahrestagung
Kerntechnik in Bonn

2001

Novellierung des Atomgesetzes
als Ausstiegsgesetz

Der globale Aufschwung der Kernenergie

Blick in die Welt

Die Industrienationen dieser Welt stehen heute vor gewaltigen Herausforderungen. Sie sind aufgerufen, den von ihnen maßgeblich verursachten Klimawandel zu stoppen, und gleichzeitig die weiter steigenden Energieausgaben in Schach zu halten, ohne dabei die Versorgungssicherheit ihrer Volkswirtschaften zu gefährden. Immer mehr Staaten gelangen angesichts dieser fundamental veränderten Rahmenbedingungen zu einer Neubewertung der Kernenergie. Dies trifft selbst auf Länder zu, in denen der Ausstieg aus der Kernkraft längst beschlossene Sache zu sein schien.

Jüngstes Beispiel ist Schweden: Das skandinavische Land galt bis dato als Vorreiter in Sachen Atomausstieg. Unter dem Eindruck des Unfalls, der sich ein Jahr zuvor im amerikanischen Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg ereignet hatte, votierte die Bevölkerung 1980 in einer Volksabstimmung für den künftigen Verzicht auf die Kernenergie. Schweden war damals das erste Land der Welt, das die Errichtung neuer Reaktoren verbot. Mit seiner strikten Ausstiegspolitik diente es insbesondere deutschen Kernenergiegegnern lange Jahre als Vorbild. Den ursprünglichen Plan, bis zum Jahr 2010 aus der Kernkraft auszusteigen, revidierten die Schweden allerdings Mitte der neunziger Jahre. Man hatte erkannt, dass ein vollständiger Ausstieg innerhalb dieser Frist wegen unzureichender Fortschritte im Bereich Energieeinsparung und beim Ausbau erneuerbarer Energien weder wirtschaftlich noch ökologisch zu verantworten sei. Das Zieldatum 2010 wurde daraufhin ersatzlos gestrichen, wenngleich das Land zunächst weiter am Kernenergieausstieg festhielt.

Nachdem der konkrete Ausstieg in den Folgejahren immer wieder aufgeschoben worden war, erfolgte Anfang 2009 schließlich die energiepolitische Kehrtwende. Als Bestandteil einer nachhaltigen Klimaschutzstrategie machte Schwedens Regierung Anfang 2009 den Weg frei für den Neubau von Kernkraftwerken. Die insgesamt zehn Kraftwerksblöcke, mit denen Schweden knapp die Hälfte seines Strombedarfs deckt, sollen in den nächsten Jahren durch neue Anlagen ersetzt werden. „Damit bringen wir Klimapolitik und Energiepolitik endlich unter einen Hut“, erklärte der konservative Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt. Noch zwei Jahre zuvor, als Schweden mit einem Störfall im Kraftwerk Forsmark für Schlagzeilen sorgte, hatte sich die mitregierende Zentrumsparlei jeglichen Neubauplänen strikt widersetzt. Nun bekannte sich deren Wirtschaftsministerin Maud Olofsson zu dem Kompromiss, der einen massiven Ausbau regenerativer Energien unter Beibehaltung der Kernkraft vorsieht. Die Politikerin ließ die Öffentlichkeit wissen, sie habe diese Entscheidung auch für ihre Kinder und Enkelkinder getroffen.

Skandinavischer Pragmatismus

Schweden schlägt damit einen Weg ein, den man im benachbarten Finnland bereits vor sieben Jahren beschritt. Das Land am Polarkreis war 2002 der erste westliche Staat, der den Ausbau der Kernenergie beschloss. In Olkiluoto an der finnischen Westküste entsteht derzeit ein hoch moderner Druckwasserreaktor vom Typ EPR™, der voraussichtlich 2011 ans Netz gehen soll. In Finnland gibt es heute einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit der Kernkraft und auch der Schaffung eines Endlagers. Diesem Bekenntnis vorausgegangen war eine intensive öffentliche Debatte, in deren Mittelpunkt die Frage stand, wie einerseits langfristig eine umweltverträgliche Energieversorgung gesichert und andererseits die volkswirtschaftlichen Kosten beherrschbar gehalten werden können. In den Entscheidungsprozess eingebunden waren neben Ministerien, Behörden und Gebietskörperschaften auch zahlreiche Verbände und NGOs sowie die allgemeine Öffentlichkeit. Der kollektiven Abwägung zwischen Vor- und Nachteilen folgte schließlich die nüchterne Einsicht, dass mehr Argumente für die Nutzung der Kernenergie sprechen als dagegen. Auf Basis eines Regierungsbeschlusses, keine emissionsfreien Energieträger aus den Energiealternativen auszuschließen, wird derzeit in Finnland der Bau eines weiteren Kernkraftwerks debattiert.

2001

Wahl von Dr. Gert Maichel,
Mitglied des Vorstands der RWE AG,
zum Präsidenten des DAfF
(2001 - 2004)



17. Mai 2002

Finnland beschließt als erster
westlicher Staat den weiteren
Ausbau der Kernenergie

2004

Wahl von Dr. Walter Hohlefelder,
Vorstandsmitglied der E.ON Energie,
zum Präsidenten des DAfF



2006

Dr. Guido Westerwelle,
Bundesvorsitzender der FDP und
Vorsitzender der FDP-Bundestags-
fraktion, auf der Jahrestagung
Kerntechnik in Aachen



2007

Günther H. Oettinger,
Ministerpräsident Baden-Württemberg,
auf der Jahrestagung Kerntechnik
in Karlsruhe



*„Gegen die Kernkraft zu sein, war lange Zeit eine
essentielle Position, wenn man Umweltschützer war.
Aber nun, wenn ich mit anderen Umweltschützern
darüber spreche, ist die Ansicht tatsächlich ziemlich
weit verbreitet, dass die Kernkraft zwar nicht ideal,
aber immer noch besser als der Klimawandel ist.“*

*Stephen Tindale, ehemaliger Greenpeace-Direktor
Februar 2009*

Umdenken in vielen Industrienationen

Mit ihrer Rückbesinnung auf die Kernenergie sind die skandinavischen Länder nicht allein – im Gegenteil. Weltweit besinnen sich immer mehr Regierungen angesichts der Klimaherausforderungen und der Wirtschaftskrise auf das Potenzial der Kernenergie. Außer Deutschland, das weiter an seinen Ausstiegsplänen festhält, sprechen sich inzwischen die anderen G8-Staaten für den Bau von neuen Kernkraftwerken aus. Italien beispielsweise hat sich im vergangenen Jahr für die Rückkehr zur Kernkraft entschieden, nachdem die Bevölkerung vor gut zwei Jahrzehnten unter dem Einfluss der Ereignisse von Tschernobyl, in einem Referendum dem Bau neuer Anlagen eine Absage erteilt hatte. „Wir müssen aus dem Schlaf aufwachen, in dem wir uns seit Jahrzehnten befinden“, so Italiens Premierminister Silvio Berlusconi. Mindestens vier Reaktoren sollen in den nächsten Jahren in dem Mittelmeerstaat entstehen.

Kurswechsel in Großbritannien

Die Briten haben ebenfalls 2008 grünes Licht für den Neubau mehrerer Kernkraftwerke gegeben, nachdem sie ihre nationale Klimaschutz- und Energiestrategie neu ausgerichtet hatten. Diese Entscheidung liege „im vitalen langfristigen Interesse unseres Landes“, sagte der damalige für Energiepolitik zuständige britische Wirtschaftsminister John Hutton, Mitglied der Labour Party. Unterstützt wird die Regierung dabei mittlerweile von namhaften Umweltschützern, die in der Vergangenheit die Kernkraft heftig bekämpft und in den siebziger und achtziger Jahren ein Moratorium über den Neubau von Anlagen durchgesetzt hatten. Ihren Meinungswechsel begründeten die Vertreter der britischen Ökologiebewegung mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Fortschreiten des Klimawandels.

Die Liste der Staaten, die in der Kernenergie eine Zukunft sehen, lässt sich beliebig fortsetzen. So will beispielsweise Polen erstmals in die Kernkraft einsteigen. Ungarn plant die Kapazität seines einzigen Kernkraftwerks zu verdoppeln und in Bulgarien entsteht eine neue Anlage. Die Schwellenländer Indien und China investieren ebenfalls massiv in zusätzliche Kernkraftwerke, um auf diese Weise ihre ambitionierten Wachstumsziele und den Klimaschutz unter einen Hut zu bekommen.

Deutschland – eine Insel?

Deutschland hält unterdessen an seinen Ausstiegsplänen fest und isoliert sich damit zusehends. Ein Umstand, der im In- und Ausland mittlerweile besorgt debattiert wird. Nicht umsonst appellierte der Chefökonom der Internationalen Energie-Agentur (IEA), Dr. Fatih Birol, Anfang 2009 an die Deutschen, den Atomausstieg zu überdenken. Würde Deutschland die erneuerbaren Energien wie geplant ausbauen und gleichzeitig seine Kernkraftwerke weiter betreiben, könnte es seinen Kohlendioxid-Ausstoß noch sehr viel schneller senken, so Birol.

10. Januar 2008

Großbritanniens Regierung kündigt umfassendes Neubauprogramm von Kernkraftwerken an

Februar 2008

Wolfgang Clement, Bundeswirtschaftsminister a. D., auf der Wintertagung des DAfF



22. Mai 2008

Italien erklärt den Wiedereinstieg in die Kernkraft

August 2008

Genehmigung Schacht Konrad nach 20-jährigem Verfahren

21. Januar 2009

Die neue US-Regierung unter Präsident Barack Obama kündigt Energie-Aktionsplan unter Einbezug der Kernenergie an

Februar 2009

Schweden macht den Weg frei für den Neubau von Kernkraftwerken



Berlin, Robert-Koch-Platz:
Sitz der Geschäftsstelle des
Deutschen Atomforums e. V.



Die energiepolitischen Vertreter der
Parteien – v.l.n.r. Dr. Maria Flachsbarth,
Marco Bülow, Moderator Dr. Gerd
Depenbrock, Sylvia Kotting-Uhl, Gudrun
Kopp – während der Veranstaltung
Forum in Berlin am 28. November 2007

50 Jahre Dialog – Die Arbeit des Deutschen Atomforums

Angetreten in Zeiten der Begeisterung für die Möglichkeiten der Kernenergie, war das Atomforum in jungen Jahren mit der Frage beschäftigt, wie der Auf- und Ausbau der friedlichen Nutzung von Kernenergie zu gestalten sei. Dabei konzentrierte sich das DATf zunächst auf die Initiierung eines Austausches zwischen Industrie, Wissenschaft und Politik. Mit der zunehmenden Polarisierung und Ideologisierung der gesellschaftlichen Debatte begann sich das Aufgabenfeld jedoch zu verschieben. Heute geht es mehr denn je um eines: Das Potenzial der Kernenergie in der breiten Öffentlichkeit ohne ideologische Scheuklappen zu diskutieren. Die wichtigste Aufgabe des Deutschen Atomforums besteht daher heute ganz wesentlich in der gezielten Öffentlichkeitsarbeit, die vor allem den Dialog mit der Gesellschaft und den Kritikern der Kernkraft aktiv sucht und fördert. Dementsprechend regt das DATf in vielfältiger Form zum Diskurs an, mischt sich in Diskussionen um die Kernenergie ein, ist auf wichtigen politischen Foren präsent und bietet sich als Ansprechpartner in allen energiepolitischen Fragen an.

Mit zahlreichen Publikationen, die die wesentlichen Aspekte der Kernenergie komprimiert und leicht verständlich darstellen, bietet das Deutsche Atomforum einen einfachen Zugang zur komplexen Materie Kernenergie – und zwar seit 50 Jahren. Waren es dabei früher vor allem technische Fragen, die in den Broschüren behandelt wurden, so rücken heute zunehmend auch energiepolitische Zusammenhänge, wie zum Beispiel die Rolle der Kernenergie im nachhaltigen Energiemix oder deren Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes, in den Vordergrund. Dabei ist es dem DATf stets wichtig, auch aktuelle Fragestellungen aufzunehmen. Die Nachfrage nach den DATf-Publikationen zeigt, wie wichtig diese Arbeit ist: Allein in den vergangenen fünf Jahren wurden fast 10 Millionen Publikationen abgesetzt.

Natürlich sucht das Deutsche Atomforum auch den Austausch im Internet. Hier bietet es unter anderem die viel besuchten Informations- und Dialogplattformen www.kernenergie.de und www.kernfragen.de an, die monatlich von 250.000 bis 300.000 Internetusern aufgerufen werden.

Den fachlichen Dialog zu fördern, ist dem Deutschen Atomforum seit jeher wichtiges Anliegen und bewährte Tradition. Gemeinsam mit der Kerntechnischen Gesellschaft ist das DATf Herausgeber der monatlich erscheinenden internationalen Branchenzeitschrift Atomwirtschaft (atw), die sich an Fachpublikum wendet und heute in einer Auflage von 4.000 Stück erscheint.

Auf Tagungen und Parteitag zeigt das Deutsche Atomforum Gesicht. Persönlich stehen die Vertreter des Deutschen Atomforums Rede und Antwort, informieren über wichtige Daten, Fakten und politische Zusammenhänge der friedlichen Nutzung der Kernenergie und laden zum Gespräch ein. In eigenen Dialogreihen, wie zum Beispiel dem Forum in Berlin, führt das DATf Persönlichkeiten aus den unterschiedlichen politischen Lagern zusammen, um über die friedliche Nutzung der Kernenergie – durchaus auch kontrovers – zu diskutieren. Zu den Teilnehmern dieser Gesprächsreihen gehörten unter anderem international anerkannte Wissenschaftler und Energieexperten, energie- und umweltpolitische Experten und Sprecher der Parteien sowie Europaabgeordnete. Auf der seit 40 Jahren jährlich stattfindenden Jahrestagung Kerntechnik – in Zusammenarbeit mit der Kerntechnischen Gesellschaft – bzw. der Wintertagung des Deutschen Atomforums diskutieren hochkarätige Referenten aus dem In- und Ausland – unter ihnen Helmut Schmidt, Dr. Angela Merkel, Wolfgang Clement, Roland Koch, Dr. Guido Westerwelle, Professor Lothar Späth, Dr. Mohammed ElBaradei oder Dr. Hans Blix – vor einem Auditorium aus Branche, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über aktuelle energiepolitische Fragestellungen. Die Jahrestagung Kerntechnik ist zu einer festen Institution der Branche geworden. Mittlerweile melden sich ca. 1.400 Teilnehmer an. Damit hat sich diese Tagung in den letzten Jahren zur größten der kerntechnischen Branche europaweit entwickelt.

Seit einigen Jahren intensiviert das Deutsche Atomforum den Austausch mit der Jugend. So richten sich eine Jugendbroschüre und ein Berufswahlratgeber spezifisch an die junge Zielgruppe. Es gibt eine eigene Website für Jugendliche. Neuerdings lädt das DATf junge Erwachsene zu einer eigenen Diskussionsreihe, dem Jungen Forum in Berlin, ein. Bereits seit 2002 führt das Deutsche Atomforum jährlich Studierende aus technisch-wissenschaftlichen Fachbereichen zusammen, um das Berufsfeld Kerntechnik kennenzulernen – und jedes Jahr finden Teilnehmer über die Veranstaltungen des Deutschen Atomforums den Weg in den Beruf.

Wie steht die Bevölkerung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie? Diese Frage lässt das DATf in Bevölkerungsumfragen untersuchen, zum Beispiel in Form von Blitzumfragen und in umfangreicheren Untersuchungen des Allensbach-Instituts. Was ist in der Presse zu lesen? Welche Aspekte werden mit welchen Wertungen diskutiert? In täglichen Informationsdiensten und wöchentlich erscheinenden Newslettern fasst das Deutsche Atomforum die aktuelle Berichterstattung zusammen.

In einem umfangreichen Jahresbericht stellt das Deutsche Atomforum alljährlich seine Arbeit und die jüngsten Entwicklungen zusammen. Seit 2007 übernimmt dieser die Funktion einer Imagebroschüre und bedient eine breitere Leserschaft. In einer Auflage von mittlerweile 12.000 Stück informiert der Jahresbericht Vertreter der Branche, Politiker und Multiplikatoren in Medien und Wirtschaft über Trends und Perspektiven der friedlichen Kernenergienutzung.



Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, Bundeswirtschaftsminister seit Februar 2009, informiert sich am Stand des DATf während des Parteitags der Jungen Union in Rust, November 2008



Jahrestagung Kerntechnik, größte Tagung der kerntechnischen Branche

„Für jeden, der die Nachhaltigkeit in der Energie- und Umweltpolitik wirklich ernst nimmt, ist eine Neubewertung der Kernenergie unausweichlich.“

*Dr. Walter Hohlefelder,
Präsident des Deutschen Atomforums e. V., Dezember 2008*

Ausblick

Herausforderung Zukunft

Spätestens seit die Vereinten Nationen (UN) vor zwei Jahren ihren vierten Weltklimabericht veröffentlicht haben, ist die globale Gemeinschaft alarmiert. Die fortschreitende Erwärmung des Erdklimas mit ihren dramatischen Folgen für unsere Umwelt hat den Maßstab für die Energieversorgung der Zukunft radikal verändert. Neue Konzepte für eine gleichermaßen leistungsfähige wie ökologisch verantwortungsvolle Stromerzeugung sind dringend gefordert. Gleichzeitig drängt sich die Frage auf, welchen Preis unsere Gesellschaft für den zunehmend knappen Rohstoff Energie bereit ist zu zahlen. Der Faktor Energie droht über kurz oder lang zur sozialen Frage zu werden. Wiederkehrende Konflikte, wie etwa der Anfang 2009 erneut aufgeflammete Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, führen zudem vor Augen, wie verwundbar unser rohstoffarmes Europa in punkto Energieversorgung ist. Versorgungssicherheit ist eben keine Selbstverständlichkeit.

Angesichts dieser vielschichtigen Herausforderungen muss auch in Deutschland mit Hochdruck über die richtige Energiestrategie diskutiert werden: Wie können wir uns aus der Abhängigkeit CO₂-emittierender Energieträger befreien, ohne dass uns die Kosten über den Kopf wachsen? Wie bewältigen wir den Ausbau der regenerativen Energien, ohne Kapazitätslücken oder gar Einbußen bei der Versorgungssicherheit zu riskieren? Kurz: Auf welches Energiekonzept soll der Industriestandort Deutschland in Zukunft bauen – zumal in Zeiten einer fundamentalen Wirtschaftskrise? Und welche Rolle soll die Kernkraft dabei spielen?

Klimafreundliche Kernkraft

Fakt ist: Kernenergie kann einen zentralen Beitrag zur Emissionsminderung leisten. Die ökologischen Vorteile der Kernkraft liegen auf der Hand und sind in zahlreichen Studien belegt. So weist sie neben Wasser und Windenergie die mit Abstand geringsten CO₂-Emissionen aller Energieträger auf. Bezieht man den kompletten Lebenszyklus der Kernenergienutzung ein (u. a. Urangewinnung und -umwandlung, Urananreicherung, Kraftwerksrückbau), sind die Treibhausgasemissionen der Kernkraft mit 5 bis 33 Gramm CO₂-Äquivalent pro erzeugter Kilowattstunde vergleichsweise gering. Die Prognos AG und das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) haben 2007 im Auftrag der Bundesregierung verschiedene Energieszenarien untersucht.

Ergebnis: Würde man die Laufzeit der Kernkraftwerke um 20 Jahre verlängern, fiel der Rückgang energiebedingter Emissionen mit gut 45 Prozent am deutlichsten aus. Die ebenfalls 2007 publizierte Studie „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Unternehmensberatung McKinsey kommt unter anderem zu dem Schluss, dass sich mit längeren Laufzeiten zusätzlich 90 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen und gleichzeitig die Vermeidungskosten um 4,5 Milliarden Euro pro Jahr verringern ließen.

Kernenergie als Wirtschaftsfaktor

Eine längere Nutzung der Kernenergie würde aber nicht nur eine deutliche Entlastung des Klimas bedeuten. Als Lieferant preisgünstigen Grundlaststroms ist die Kernkraft auch tragende Säule einer wettbewerbsfähigen Stromversorgung. Sie trägt maßgeblich dazu bei, dass unser Land als Wirtschaftsstandort attraktiv und international konkurrenzfähig bleibt. Stromintensive Branchen wie die Automobilindustrie oder der Maschinenbau sind Deutschlands industrielle Kerne. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde die Unternehmen in einer ohnehin angespannten Weltwirtschaftslage zusätzlich belasten.

Nicht umsonst zeigen sich Vertreter aus Industrie und Wirtschaft zunehmend besorgt ob der Folgen, die das Festhalten an einem endgültigen Kernenergieausstieg haben würde. So mahnt etwa die Stahlindustrie, ein nahezu gleichzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie und dem Neubau von Kohlekraftwerken stelle die Erzeugung preisgünstiger Grundlastenergie für die Industrie in Frage. Die Branche benötige einen breiten Energiemix unter Einschluss der Kernkraft, keine Technologie sollte diskriminiert werden, heißt es in einem zum Wahljahr 2009 herausgegebenen Papier.

„Angesichts der zunehmenden Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten dürfen wir uns keiner Energiequelle verschließen“, sagt auch Paul Bauwens-Adenauer, Präsident der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V. In einem Ende April veröffentlichten Positionspapier zur Energiepolitik machen die Kammern zudem deutlich, dass die Kernkraft dazu beitragen kann, die Kosten für die Wirtschaft durch den Emissionshandel mit Kohlendioxid-Zertifikaten zu senken. Dieser benachteiligt nach Auffassung der Kammern Deutschland gegenüber Ländern mit hohem Kernenergieanteil. Allein zwischen 2013 und 2020 komme auf die Unternehmen wegen der CO₂-Zertifikate eine Belastung von 92 Milliarden Euro zu. Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke sei „eine wirksame Option, um eine unverhältnismäßig hohe Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft zu verringern“, so Nordrhein-Westfalens Kammerpräsident.

Mut zur Diskussion über Kernkraft

Zunehmend werden in Deutschland Forderungen von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft laut, die künftige Rolle der Kernenergie neu zu bewerten. Der Appell an die politisch Verantwortlichen, Mut zu zeigen und auch den Einsatz der Kernenergie vorbehaltlos zu diskutieren wird lauter. Kernkraft darf kein Tabu sein, wenn es darum geht, eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zu gewährleisten.

Ganz in diesem Sinne versteht das Deutsche Atomforum seit jeher seinen Auftrag. Seit 50 Jahren steht es für sachliche Information auf dem Gebiet der friedlichen Kernenergienutzung. Den Dialog mit Politik und Öffentlichkeit zum Stellenwert der Kernenergie wird das DAf auch in Zukunft aktiv und selbstbewusst mitgestalten. Denn eine nachhaltige und verantwortungsvolle Energiepolitik für Deutschland kann nur unter Einbeziehung der Kernenergie gelingen.

Perspektiven und Positionen

- Wir machen uns stark dafür, dass die Diskussion um ein tragfähiges Energiekonzept zum Wohle unserer Umwelt, der Menschen und der Wirtschaft in Deutschland konstruktiv vorangetrieben wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Gesellschaft angesichts dramatisch veränderter Rahmenbedingungen neu und ohne ideologische Scheuklappen über das Potenzial der Kernenergie nachdenkt.
- Wir vertreten die Auffassung, dass der Ausstieg aus der Kernenergie wegen der enormen klima- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht länger verantwortbar ist.
- Wir sind überzeugt, dass die Kernenergie zusammen mit den erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag leistet für eine sichere, bezahlbare und umweltschonende Energieversorgung.
- Wir erkennen an, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie mit Risiken verbunden ist und stehen daher ein für einen besonders sensiblen und verantwortungsvollen Umgang mit dieser Technologie.
- Wir ignorieren nicht, dass die Kernenergie bei manchen Menschen Sorgen und Ängste auslöst und laden alle Bürger ein, sich selbst ein Bild zu machen vom hohen Sicherheitsniveau in deutschen Kernkraftwerken.
- Wir stellen fest, dass die Kernenergie die Entwicklung unserer Wirtschaftsstandorte und unserer Gesellschaft maßgeblich mitgeprägt hat und weiterhin ihren Platz in einem breit gefächerten Energiemix haben muss.
- Wir treten dafür ein, dass die politisch Verantwortlichen den Beitrag der Kernenergie anerkennen und im Interesse des Gemeinwohls und in Verantwortung für kommende Generationen keinen Energieträger von vorneherein diskriminieren.
- Wir verpflichten uns dazu, dass wir auch in Zukunft aktiv den Dialog mit der Öffentlichkeit und mit den Kritikern der Kernkraft suchen werden, weil die Kernenergiefrage eine Frage von nationaler Tragweite ist.



Deutsches
Atomforum e. V.

Juli 2009

Herausgeber:
Deutsches Atomforum e. V.
Robert-Koch-Platz 4
10115 Berlin

www.kernenergie.de

Alle Rechte vorbehalten.

Fotos:
Deutsches Atomforum e. V.
dpa Picture-Alliance GmbH
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin,
Fotografin Inge Johanna Bergner
Technische Universität München

ISBN 978-3-926956-50-7